

Haushaltsrede Freie Wähler zum Haushalt 2023

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Landrat,
werte Kolleginnen und Kollegen,

Haushaltsrede Kreistag 26.01.2023

Freie Wähler

Fraktionsvorsitzender Felix Geider

Mit der Verabschiedung des Kreishaushalts 2023 reden wir heute im Wesentlichen über Finanzpolitik - das ist bekanntlich die Auseinandersetzung zwischen jenen Leuten, die eine Mark haben und zwei ausgeben wollen, und jenen anderen, die wissen, dass das nicht geht.

(Manfred Rommel)

Dieses Zitat von Manfred Rommel bringt das sich immer mehr zuspitzende Dilemma von Landkreisen und Kommunen auf den Punkt. Jene Leute, die eine Mark haben und zwei ausgeben wollen. Wenn wir nach Berlin und Stuttgart schauen, dann stellt man mit erschrecken fest, wie viele solcher Leute man mittlerweile dort findet.

Nicht durchfinanzierte Pflichtaufgaben nach Weisung gibt es zu Hauf, an Dreistigkeit nicht zu überbieten sind jene, die dann noch als Rechtsanspruch niedergeschrieben werden und gegen Dritte, nämlich uns, wirken.

Und wenn das Ganze dann noch begleitet wird in Reden von Politikern, wie zuletzt durch unseren Ministerpräsidenten geschehen, der anlässlich des Landkreistages BW in Richtung der anwesenden Landräte bezüglich der Verfahren für die Genehmigung von Windkraftanlagen in den Landratsämtern meinte, ich zitiere:
„...sind wir mal ehrlich, ihre Landratsämter sind auch nicht gerade frei von Amtsschimmel“,
spätestens dann bekommt das Thema „ä Gschmäckle“.

Die Anmerkung des Herrn Ministerpräsidenten lässt, so meine ich, die Kausalität zwischen Ursache und Wirkung, und insbesondere auch die Rollenverteilung in Bezug auf die Ausübung der Legislativen, doch etwas außer Acht.

Das ist genauso, wie wenn derjenige, der das Regelbuch für den Fußball geschrieben hat, sich drüber aufregt, dass im Spiel gegen seine Mannschaft auf einmal Abseits gepfiffen wird.

Allgemeine Finanzen:

Bevor ich dazu aber zurückkomme, möchte ich zu Beginn auch positive Aspekte dieses Haushalts ins Feld führen. Ganz allgemein haben wir es auf Kreisseite mit einem recht soliden Zahlenwerk zu tun. Die Liquidität ist mehr als auskömmlich, die Verschuldung im Verhältnis zum dagegenstehenden Vermögen in einem mehr als guten, ausgewogenen Verhältnis.

Im 10-Jahres-Plan sind etwa 50% der Investitionen kreditfinanziert. Die Novembersteuerschätzung sieht auch nochmal gut aus, also alles in Butter könnte man meinen.

Die Rezession in welcher wir uns gerade bewegen ist in unserem Kreishaushalt noch nicht angekommen. Die Betonung liegt allerdings auf noch! In den Kommunen ist das schon anders, Kontokorrentkredite sind am Wachsen. Gewerbesteuerereinnahmen stehen auf wackeligen Beinen.

Die ersten Vorboten, wie beispielsweise das zurückgehende Grunderwerbssteueraufkommen sind aber auch für den Landkreis schon sichtbar und mahnen uns insgesamt zur Sparsamkeit.

Sozialausgaben:

Das größte Budget im Kreishaushalt ist der Bereich Jugend und Soziales und dieser ist gespickt von den eingangs erwähnten nicht durchfinanzierten Pflichtaufgaben. (Frau Freund)

Aber beginnen wir mit etwas Erfreulichem. Die Idee der „Modellkommune-Pflege“ passt in unser Selbstverständnis des Landkreises und in die wertschätzende Arbeit in den jeweiligen Kommunen bzgl. unserer Pflegeeinrichtungen.

Auch die Idee einer Jugendbeteiligungsaktion „Speak Up“ begrüßen wir. Bereits seit langem haben wir in den sogenannten Gesundheitskonferenzen gemeinsam versucht, dem drohenden Mangel der medizinischen Versorgung strategisch entgegenzuwirken.

All diese Aktionen sind finanziell nahezu unerheblich und haben eine Vorbildfunktion im Sinne von einer aktivierten Bürgerschaft.

Leider sind unsere weiteren Ausführungen mit großer Sorge um die personellen und finanziellen Ressourcen des Landkreises und aller staatlichen Ebenen begleitet. Die einzelnen Themen sind jeweils für sich selbst bereits eine nahezu Überforderung unserer Kreisfinanzen.

Das BTHG bleibt, wie auch schon letztes Jahr thematisiert, ein Bürokratie-Monster mit großer Bindung von personellen und finanziellen Ressourcen und leider wenig effektiv für die Betroffenen.

Sowohl die Sozialträger als auch der Landkreis sehen keine günstigen Inklusionseffekte aber extrem steigende Gesamtausgaben.

Die Verdreifachung der Anspruchsberechtigten durch die Wohngeldreform lässt die Frage zu, ob moderne Sozialpolitik eigentlich nur in der Steigerung von Anspruchsberechtigten zu sehen ist.

Unabhängig von der Beantwortung dieser Frage haben wir im Landkreis und in den Kommunen die Problematik, dass eine Verdreifachung der Wohngeldfälle eine Verdreifachung des nicht

vorhandenen Personals erfordert. Frustrierte Bürgerinnen und Bürger werden das Resultat sein.

Im Sozialbereich insgesamt 76 Stellen mehr, um am Ende nicht nur mehr Leistungen zu erbringen, sondern vor allem um zusätzlich vorgegebene Qualitätsstandards zu erreichen bzw. einzuhalten.

Personal:

Und das in einer Zeit, in der das Handelsblatt titelt: „Der deutschen Wirtschaft fehlen Hunderttausende Leute – es droht der Stillstand“. Dass Fachkräfte in Deutschland, vom IT-Spezialisten über den Verwaltungsmitarbeiter bis zu Reinigungsfachkräften knapp werden, war schon lange klar.

Aber auch bei Arbeiten, die eine geringere Qualifizierung voraussetzen, findet man kaum mehr geeignetes Personal, was unsere Infrastruktur gefährdet - und der große Alterungsschub kommt erst noch. Unternehmen und Experten suchen nach Wegen aus einer Personalnot, die das Land in die Stagnation zu treiben droht.

In einer solchen Zeit erlauben sich die Ministerien in BW insg. rd. 9.000 neue Stellen anzumelden..

Von Zurückhaltung keine Spur.

Sehr geehrter Herr Max, erst Anfang dieser Woche waren Sie diesbezüglich in der Zeitung zitiert, und es wäre wohl vernünftig und wahrscheinlich mehr als angebracht Sie nach Stuttgart als Personalverantwortlicher auszuleihen. Aber das lassen wir lieber und danken für den insgesamt maßvollen und pfleglichen Umgang mit Stellenneuanmeldungen.

Wohlwissend, dass auch für unseren Landkreis bezüglich Personalfindung schwere Zeiten anbrechen, sind Digitalisierung und

Verschlinkung der Verwaltung keine Drohungen, sondern existenzielle Notwendigkeiten um morgen überhaupt noch eine funktionierende Verwaltung zu haben.

Das Ganze zeigt sich dann auch im Haushalt, wo durch die bereits eingeplante globale Minderausgabe für Personalkosten dem Umstand des Personalmangels Rechnung getragen wird.

Bürokratie:

Die Krise ist mittlerweile zum „Normalzustand“ geworden. So formulierten es im September auch die kommunalen Spitzenverbände.

Der Staat und dabei insbesondere die Landkreise, Städte und Gemeinden, die ganz maßgeblich das Lebensumfeld der Menschen prägen, sind unter diesen Umständen längst an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.

Es wird dabei aber nicht reichen, da und dort etwas zu verändern, an den Symptomen herumzudoktern.

Für eine nachhaltige Neuausrichtung staatlichen Handelns braucht es vor allem eine vorausschauende Politik, eine ehrliche Aufgaben- und Standardkritik. Damit wir uns in der Zukunft nicht mit noch weiteren Rechtsansprüchen herumschlagen müssen, die kein Mensch mehr erfüllen kann.

Schulen des Landkreises:

So auch an unseren Schulen, diese waren und sind auch weiterhin Investitionsschwerpunkt. Heute fassen wir ja den Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Gartenschule.

Die übrigen abgeschlossenen oder auch laufenden Investitionen wie bspw. BBZ-Ettlingen, sind wie wir meinen, eindrucksvolle Belege, dass uns die Zukunft unseres Landkreises, nämlich die Schülerinnen und Schüler, eine Menge Wert sind.

Die Umsetzung des Digitalpakts ist uns im Landkreis wirklich gelungen. Jetzt geht es darum diesen tagtäglich zu leben. Hierzu beschließen wir mit diesem Haushalt auch 8 zusätzliche Stellen. Einmal mehr sind wir als Ausfallbürge für den Aufgabenträger, das Land, aktiv.

Da die Digitalisierung unserer Welt immer mehr an Bedeutung gewinnt, bitten wir die Landkreisverwaltung hierzu regelmäßig zu informieren, bzw. den Erfolg zu evaluieren.

ÖPNV:

Der ÖPNV ist und bleibt ein hochspannendes Thema. Nachdem wir uns selbst monatelang die Köpfe heiß geredet und diskutiert haben, wie wir den ÖPNV attraktiver gestalten können, wurde die Home-Zone geboren.

Jetzt, wenige Monate später, wird diese ob der äußeren Umstände, nämlich mit dem 49€- bzw. 365€ -Ticket quasi wieder beerdigt, was generell nicht schlimm ist. Aber das was hier passiert ist zeigt exemplarisch, wie kompliziert und vielschichtig nicht nur dieses Thema ist.

Bund und Länder regieren direkt mit, machen ÖPNV für uns vor Ort unkalkulierbar und gefährden so dessen Qualität. Die Verkehrsverbünde hecheln hinterher. Die Landkreise und Kommunen finanzieren Co.

Dass um das heutige Angebot zu verbessern, neben Personal, dringend Investitionen und damit verbundenes zusätzliches Geld erforderlich ist, ich glaube darüber sind wir uns weitestgehend einig. Wir glauben aber auch, dass es höchste Zeit für einen landesweiten

Konsens ist, wo wir in den kommenden Jahren bei diesem Thema hinwollen.

Denn nur mit Begrifflichkeiten wie Mobilitätspass und Mobilitätsgarantie um sich zu schmeißen, so kommen wir garantiert nur eines, nämlich nicht weiter.

Asyl:

Mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine, der aufs schärfste zu verurteilen ist, bekommt das Thema Asyl, welches seit 2015 bei uns omnipräsent ist, eine ganz neue Dimension.

Mit dem vollzogenen Rechtskreiswechsel der Ukrainischen Geflüchteten heraus aus AsylBG, hinein in SGB, packt der Bund wirklich die in anderem Zusammenhang zitierte Bazooka aus, um mit Wumms und Doppelwumms den kommunalen Haushalten ans Leder zu gehen.

28,5 % der anteiligen HarzIV- bzw. Bürgergeldkosten tragen wir Gemeinden direkt über unseren Landkreis an diesem Vorgang.

Um das an dieser Stelle klar zu stellen, zur Verpflichtung diesen Menschen in ihrer Not zu helfen, dazu sind wir immer gestanden und daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Warum diese Menschen allerdings seit neuestem nicht mehr als Geflüchtete gelten sollen, sondern vielmehr als Arbeitslose, ist für uns vollkommen unverständlich. Das lässt sich im Übrigen auch nicht mit der dringend benötigten Zuwanderung und damit benötigten Arbeitskräften erklären.

Integration:

Die daraus den Kommunen erwachsende Aufgabe der Integration, stellen wir uns dennoch. Dass dabei als neues Qualitätsmerkmal die Integration in den Arbeitsmarkt gelten soll, dafür danken wir Ihnen Herr Landrat ausdrücklich.

Ausbildung und Arbeit sind für die Flüchtlinge, die bleiben dürfen, der beste Weg in unsere Gesellschaft. Der Wirtschaft kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Viele Unternehmen im Landkreis engagieren sich bereits oder überlegen, es zu tun. An Offenheit und Bereitschaft fehlt es nicht. Es mangelt aber oft an Wissen und Erfahrungen darüber, wie die Integration von Flüchtlingen im Betrieb praktisch funktionieren kann.

Hier gibt es noch Luft nach oben bezüglich unserer Bemühungen. Ihren Vorschlag, die BEQUA dahingehend zu unterstützen, begrüßen wir.

Energiekrise und Klima:

Der Ukraine Konflikt ist nicht nur ein Katalysator für das Thema Asyl, auch die Themen Energie und Klima rücken dadurch noch drängender in den Fokus.

Die Energiepreise explodierten in den zurückliegenden Monaten förmlich. Als Landkreis kommt es uns hier sehr zu Gute, dass wir uns bezüglich der nachhaltigen Energieversorgung unserer Liegenschaften bereits sehr früh auf den Weg gemacht haben.

Wir sind gut beraten den hier eingeschlagenen Weg fortzugehen.

Für diese Erkenntnis hätte es den Krieg allerdings nicht gebraucht.

Abfallwirtschaft:

Die Gebührenerhöhung in der Abfallwirtschaft tragen wir vollumfänglich mit, damit wird aus unserer Sicht die Grundlage dafür geschaffen, dass der Abtransport in der gewohnten Weise und Qualität auch weiterhin erfolgen kann.

Beim Biomüll gilt es in der Zukunft am System zwischen den Hol- und Bringkunden zu feilen, also eine möglichst große Gerechtigkeit herzustellen und dabei Ökonomie und Ökologie nicht aus den Augen zu verlieren. Auch den Ergebnissen einer jüngst beauftragten Studie sehen wir gerne entgegen.

Die vom Abfallwirtschaftsbetrieb aufgesetzte "Standortsuche für eine Deponie für mineralische Abfälle" begrüßen wir ebenfalls, obwohl wir schon heute wissen, dass auf dem Weg dorthin etliche schwierige und sicherlich sehr kontroverse Diskussionen auf uns warten.

Sehr geehrte Frau Adam,
vor fast exakt einem Jahr wurden Sie von uns zur Geschäftsführerin des AWB gewählt, seitens der Freien Wähler haben wir dies keinen einzigen Tag bereut. Mit großer Freude nehmen wir wahr, dass Sie auch betriebsinterne Angelegenheiten mit Fingerspitzengefühl und Geschick anpacken.

BLK:

Im Bereich des kommunalen Glasfaserausbaus deuten sich seit vergangenem Jahr gute Lösungen für die Zukunft an. Die BLK ist weiter als Vorreiter beim Glasfaserausbau tätig.

In 2022 haben Bund und Land zusammen Förderanträge für landkreisweit 75 Millionen Euro bewilligt. Der Internetausbau in den Städten und Gemeinden geht deshalb unvermindert weiter.

Vom plötzlichen, unvorhergesehen Förderstopp des Bundes ist die BLK zumindest in 2022 nicht betroffen gewesen.

Kompliment an das Team der BLK für die gute Arbeit.

Dass wir, Landkreis u. Kommunen, seit dem Einstieg in das Thema generell als Telekommunikationsunternehmen auftreten, war definitiv nicht unser Wunsch und wir haben definitiv besseres zu tun, als ein Marktversagen zu korrigieren und eine Aufgabe des Bundes zu erledigen.

Mittelfristig erwarten wir jedoch, dass ein Weg gefunden wird, wie die von der BLK geschaffene Infrastruktur in private Hände gegeben werden kann und der Landkreis sich damit wieder auf seine eigentlichen Kernaufgaben konzentrieren kann.

Investitionen:

Die allgemeine Investitionsliste des Landkreises ist lang. Die beiden Straßenmeistereien in Ettlingen und Bruchsal, die Modernisierung der Ludwig-Guttman-Schule in Karlsbad, der 2. Bauabschnitt im BBZ-Ettlingen, diverse Straßenbauprojekte über den Landkreis verteilt, etc. Nur dafür in Summe dieses Jahr knapp 55 Mio. €.

Neues LRA:

Und darüber hinaus plant der Landkreis den viel diskutierten möglichen Neubau des Landratsamtes. Die Konjunktur schwächelt, Preise sind volatil genau wie die Zinsmärkte.

Ob der finanziellen Gesamtdimension des Projekts, schlägt dieses natürlich hohe Wellen und ist für jeden Kreisrat auch eine Entscheidung die mit Sicht auf die Zukunft eine enorme Tragweite sowohl im Landkreis, in der Stadt Karlsruhe als auch bei allen umliegenden Gemeinden hat.

Hinzu kommt, dass wir mit dem neuen Landratsamt hoch hinaus wollen an exponierter Stelle und je höher man geht, desto tiefer kann man bekanntlich auch fallen.

Also benötigen wir für unseren endgültigen Beschluss selbstverständlich, und dies wurde von Ihnen sehr geehrter Herr Landrat und Ihrer Verwaltung auch immer zugesichert, alle Daten um dies vor unserem Gewissen und dem Wähler auch vertreten zu können.

Alle bisherigen Entscheidungen, nämlich das alte Gebäude abzureißen, da nicht sanierungswürdig, die Architektur des neuen Gebäudes, unseren Grundsatzbeschluss „Neubau vor Abriss“ wie von uns aus wirtschaftlichen Gründen gefordert zu kippen und in ein Interim zu gehen, sowie diverse bauvorbereitende Entscheidungen, haben wir immer mit einer breiten Mehrheit getragen.

So auch das jüngst verabschiedete Klimakonzept des neuen Gebäudes.

Noch stehen wir nicht vor dem eigentlichen Baubeschluss – aber mit jeder Entscheidung die wir treffen wird eine Umkehr zunehmend schwieriger.

Man kann das natürlich auch positiv formulieren, mit jeder Entscheidung die wir treffen konkretisiert sich dieses Vorhaben mehr und mehr.

Dass dieses Projekt kein Selbstläufer wird, war immer klar, völlig egal, ob wir über einen möglichen 1:1 Ersatzbau im Wert von 100 Mio.€ sprechen oder über ein 390 Mio.€ teures Behördenzentrum.

Dass dieser Baubeschluss, für den noch verschiedene Dinge aufzuarbeiten sind, Kostenvergleiche, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, etc., für uns als Fraktion insgesamt aber auch für jeden einzelnen schwierig wird, das ist nicht erst in den zurückliegenden Wochen glaube ich jedem klar geworden. Wir hatten und werden bis Oktober noch verschiedene Sondersitzungen haben.

Nur so ist auch ein solches Projekt mit dieser Dimension, unter den immer wieder sich verändernden Rahmenbedingungen überhaupt möglich, um am Ende zu einem vertretbaren und tragfähigen Beschluss zu führen.

Natürlich sollte es immer Ziel dieses hohen Hauses sein, Entscheidungen besten Falls im Konsens, mindestens jedoch mit einer breiten Mehrheit zu fassen.

Für unsere Fraktion kann ich schon jetzt feststellen, dass wir nicht einheitlich abstimmen werden. Ich glaube aber auch, dass wir das in Anbetracht der Dimension auch nicht tun müssen.

Was wir allerdings alle tun sollten, ist die Entscheidung, die uns unweigerlich im Laufe des Jahres abverlangt wird, im Nachgang zu akzeptieren.

Ich möchte mich danach nicht in Diskussionen im Konjunktiv verstricken – das kostet nur unnötige Kraft. Das sollten wir tunlichst vermeiden.

Schluss:

Zum Schluss möchten wir uns bedanken zunächst bei Ihnen Herr Watteroth. Ein Kämmerer ist eine seltsame Personalunion von Milchkuh, Hamster und Kettenhund.

Ich weiß jetzt nicht, welcher dieser Drei Sie am nächsten kommen, das will ich gerne offenlassen. Aber insgesamt, und das meine ich voller Respekt, kommen Sie dieser Beschreibung sehr nahe.

Sehr geehrter Herr Landrat, auch Ihnen und Ihrer gesamten Verwaltung gilt unser Dank für die Gute Zusammenarbeit, das stets offene Ohr und das Gute Miteinander.

Der diesjährige Haushalt, der wie jeder andere auch, der hartnäckig unternommene Versuch ist, aus einer Ein-Liter-Flasche zwei Liter auszuschenken, er ist noch ein guter.

Wir die Freien Wähler waren in der Vergangenheit dafür bekannt, immer ein verlässlicher und kompetenter Partner im Streit für eine Gute und Vernünftige Kreispolitik zu sein.

Das wollen und werden wir, sehr geehrter Herr Landrat, das sagen wir Ihnen zu, auch in der Zukunft, in Ihrer möglichen dritten Amtszeit sein.